



駐德國台北代表處

Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland

# Taiwan Newsletter

## Politik

### Amtseinführung des neuen taiwanischen Präsidenten Lai Ching-te



Taiwans neuer Präsident Lai Ching-te wies in seiner Rede zum Amtsantritt am 20. Mai darauf hin, dass Demokratie, Frieden und Wohlstand des Landes die Verbindung mit der Welt halten und Taiwan somit ein wichtiges Glied in der Kette der Demokratien sei.

Taiwan habe sich zu einer lebendigen Demokratie entwickelt und stets die Lage der Menschenrechte verbessert. Taiwan habe als erstes Land in Asien die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert und auch bewiesen, dass Demokratie eine Pandemie besser bewältigen kann als Autokratie. Die taiwanische Demokratie und Freiheit erhalte, verglichen mit anderen asiatischen Ländern, hervorragende Bewertungen. Das Land sei ein Stolz der Welt und diese Ehre gebühre der gesamten Bevölkerung Taiwans, so Präsident Lai.

Er erklärte ferner: "Wir werden weiterhin mit anderen Demokratien zusammenarbeiten, um eine demokratische Gemeinschaft zu formen und unsere Erfahrungen aus verschiedenen Bereichen teilen, gemeinsam Desinformation bekämpfen, demokratische Resilienz stärken und den vielfachen Herausforderungen begegnen, damit Taiwan zum wertvollsten Spieler der demokratischen Welt wird."

Lai appellierte an China, seine politischen und militärischen Einschüchterungsversuche gegen Taiwan einzustellen und die globale Verantwortung zu teilen, um Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße und der Region zu bewahren.

"Ich hoffe, dass China sich der Realität der Existenz von Taiwan stellt, die Wahl der taiwanischen Bevölkerung respektiert, guten Willen zeigt und Konfrontation mit Dialog ersetzt, Eindämmung mit Austausch und auf den Prinzipien von Augenhöhe und Würde mit der von Taiwans Bürgerinnen und Bürgern rechtmäßig gewählten Regierung zusammenarbeitet", betonte Lai.

Jedoch warnte er davor, sich beim Streben nach Frieden Illusionen hinzugeben, solange China die Drohung, mit Gewalt gegen Taiwan vorzugehen, nicht aufhebe.

Taiwan müsse deshalb auch weiterhin seine Entschlossenheit bei der Landesverteidigung zeigen.

### Präsident Lai empfängt Delegationen international Verbündeter



Präsident Lai Ching-te empfing am 21. Mai im Präsidentsamt in Taipeh Delegationen von sieben diplomatischen Verbündeten.

Die Delegationen aus Belize, Eswatini, Guatemala, Palau, Paraguay, St. Vincent & den Grenadinen (SVG) sowie dem Vatikan waren am Vortag zur Amtseinführung des Präsidenten und der Vizepräsidentin angeleitet.

Lai begrüßte an seinem zweiten Tag im höchsten Staatsamt u.a. seinen paraguayischen Amtskollegen Santiago Peña Palacios und empfing anschließend König Mswati III. von Eswatini. Beide Staatsoberhäupter wohnten der Unterzeichnung eines gemeinsamen Kommuniqués und zweier Memoranden über Digitalhandel und Zentralbankkooperation bei. Bei seiner Begegnung mit Palauas Präsidenten Surangel S. Whipps Jr. verwies Lai auf zwei gegenseitige Besuche seit 2021 als Beleg für die robusten Beziehungen zwischen beiden Ländern in mehr als zwei Jahrzehnten. Ferner führte Lai ein Video-Telefonat mit Guatemalas Präsidenten Bernardo Arévalo und gratulierte ihm im Namen der taiwanischen Regierung zu seiner Amtseinführung im Januar. Beim Zusammentreffen mit Erzbischof Charles John Brown, dem apostolischen Nuntius auf den Philippinen, versprach Lai, mit dem Vatikan fortgesetzt daran zu arbeiten, Religionsfreiheit, Frieden und Stabilität in der Region zu gewährleisten.

Auch Delegationen aus Deutschland, Frankreich und den USA nahmen an der Inauguration des Präsidenten teil. Insgesamt reisten Repräsentanten aus ca. fünfzig Ländern zu den Feierlichkeiten an.

### Tsai Ing-wen vor Ende ihrer Amtszeit als Präsidentin im BBC-Interview



Wie das Präsidentsamt in Taipeh am 18. Mai verlautete, sei Tsai Ing-wen mit ihren Leistungen in den acht Jahren ihrer Amtszeit als Präsidentin Taiwans zufrieden. Sie unterstrich in einem Exklusivinterview mit der BBC, dass Taiwan nun ein Teil der Welt sei, und das Land mit seiner blühenden Wirtschaft und einem starken Technologiesektor eine bessere Lebensqualität als zuvor habe.

Sowohl Taiwans Gesellschaft als auch seine Demokratie seien reif genug, ein weibliches Staatsoberhaupt hervorzubringen und zu akzeptieren, stellte Tsai als erste Frau an der Spitze des Präsidentsamtes in Taipeh fest.

Die Gesellschaft stehe Migranten offener gegenüber, und die Menschen seien nicht mehr so sehr durch Traditionen eingeschränkt. Dadurch sei die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe ermöglicht worden, interpretierte sie. Sie sei stolz auf diese Legalisierung, die früher als in allen anderen asiatischen Ländern erfolgt sei. Taiwan sei eine fortschrittliche Gesellschaft.

Als weitere Erfolge ihrer Amtszeit erwähnte sie den Umgang mit der Coronavirus-Pandemie, ein finanziell stabileres Rentensystem und ein gesamtgesellschaftliches Verteidigungssystem.

Ansichts der Drohungen aus China sollte Taiwan den Preis, den Peking für eine Invasion Taiwans in Kauf nehmen müsste, durch verstärkte Verteidigungskapazitäten und Kooperation mit Freunden in der Region zur Bildung einer gemeinschaftlichen Abschreckung steigern, forderte Tsai Ing-wen.

Abschließend hob sie hervor, dass Taiwan Handels- und Investitionsbeziehungen zum Rest der Welt aufbaut habe und verwies dabei auf die Bedeutung des Landes in der globalen Lieferkette.

### Premierminister Cho will Kabinett mit innovativem Denken führen

Taiwans Regierung wird danach streben, mit mehr politischen Maßnahmen die Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln und das Netz für soziale Sicherheit auszuweiten, erklärte Premierminister Cho Jung-tai am 20. Mai.

Während seiner Vereidigung als Regierungschef des Regierungskabinetts (Exekutiv-Yuan) bemerkte der neue Premier, für sein Kabinett habe die Aufrechterhaltung von Sicherheit in sieben Kategorien Vorrang: Cyber- und Nahrungsmittelsicherheit, Wohnraumsicherheit, öffentliche Sicherheit, Straßenverkehrs- und Schulsicherheit sowie Sicherheit vor Kriminalität.

Der Premier kündigte an, dass das Kabinett sich mit dem Parlament (Legislativ-Yuan) abstimmen und kooperieren werde, um politische Maßnahmen zum Wohle des Landes und der Menschen umzusetzen.